

RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE ENERGIEWENDE: GESETZLICHE, FINANZIELLE UND NICHT-REGULATORISCHE INSTRUMENTE IM ÜBERBLICK

Bettina BERGAUER¹

Ausgangslage

Die Energiewende stellt Österreich vor eine komplexe Transformationsaufgabe, die weit über den reinen Ausbau erneuerbarer Erzeugung hinausgeht. Neben technologischen Entwicklungen bestimmen insbesondere rechtliche Rahmenbedingungen, finanzielle Anreize sowie begleitende Maßnahmen zur Information, Qualifizierung und Vernetzung die Geschwindigkeit und Qualität der Umsetzung.

Das aktuelle Regierungsprogramm 2025-2029 bekräftigt zentrale energie- und klimapolitische Zielsetzungen, darunter Klimaneutralität, Versorgungssicherheit und leistbare Energiepreise. Zur Erreichung dieser Ziele wird ein breites Bündel an Instrumenten eingesetzt, das laufend weiterentwickelt wird [1].

Vor diesem Hintergrund untersucht der Beitrag, wie der bestehende Instrumentenmix aus Gesetzgebung, Förderungen und Soft Measures zur Umsetzung der Energiewende beiträgt und welche Rolle den einzelnen Instrumententypen dabei zukommt.

Methodik

Der Beitrag folgt einem qualitativ-analytischen Ansatz und basiert auf einer systematischen Dokumentenanalyse aktueller energiepolitischer Grundlagen auf Bundesebene. Analysiert wurden insbesondere:

- das Regierungsprogramm 2025–2029,
- zentrale energie- und wirtschaftsrechtliche Gesetzesvorhaben (u.a. EABG, EAG, SAG, EGG, EIWG [2]),
- ausgewählte Förderprogramme des Energieeffizienzfonds [3], der ÖMAG [4] sowie des Klima- und Energiefonds [5],
- Programme und Aktivitäten im Bereich der Soft Measures (insbesondere klimaaktiv [6] und koordinierende Maßnahmen des Klima- und Energiefonds).

Die identifizierten Maßnahmen wurden drei Instrumentenkategorien zugeordnet.

- 1) Gesetzliche Rahmenbedingungen,
- 2) Finanzielle Förderinstrumente,
- 3) Soft Measures (Beratung, Qualifizierung, Vernetzung, Orientierung, etc.).

Ziel der Analyse ist nicht eine Wirkungsquantifizierung einzelner Maßnahmen, sondern eine strukturierende Einordnung der Instrumente und ihrer Funktionen im Transformationsprozess.

Ergebnisse

Gesetzliche Rahmenbedingungen

Die Analyse zeigt, dass gesetzliche Maßnahmen die Grundarchitektur der Energiewende definieren. Novellierungen und neue Gesetzesvorhaben zielen insbesondere auf:

- Stärkung von Endkundenrechten, Markttransparenz und sozialer Absicherung
- Beschleunigung von Genehmigungsverfahren,
- Erhöhung der Investitions- und Planungssicherheit,

¹ Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus, 1010 Wien, Stubenring 1, Telefonnr. +436646112948, bettina.bergauer@bmwet.gv.at, www.bmwet.gv.at

- Integration neuer Akteure und Geschäftsmodelle (z. B. Energiegemeinschaften),
- sowie stärkere System- und Netzintegration.

Gesetze wirken dabei als notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für Umsetzung.

Förderinstrumente

Förderungen übernehmen die Rolle eines Umsetzungsbeschleunigers, indem sie wirtschaftliche Hürden senken und Investitionen auslösen. Die untersuchten Programme adressieren:

- Energieeffizienz in Betrieben und Gebäuden,
- Ausbau erneuerbarer Energien,
- Beteiligung von Unternehmen und Haushalten an der Energiewende.

Die Ergebnisse zeigen, dass Förderinstrumente besonders wirksam sind, wenn sie klar an regulatorische Ziele angebunden und durch Beratung ergänzt werden.

Soft Measures

Begleitende Maßnahmen ergänzen Regulierung und Förderung, indem sie Handlungsfähigkeit und Akzeptanz erhöhen. Programme wie klimaaktiv oder koordinierende Aktivitäten des Klima- und Energiefonds tragen dazu bei,

- Wissen und Kompetenzen aufzubauen,
- Akteure zu vernetzen,
- Orientierung durch Standards und Leitfäden zu bieten,
- sowie soziale Aspekte wie Energiearmut gezielt zu adressieren.

Diese Maßnahmen wirken indirekt, sind jedoch entscheidend für die praktische Umsetzbarkeit gesetzlicher und finanzieller Instrumente.

Diskussion

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass kein einzelnes Instrument für sich genommen ausreichend ist. Erst das Zusammenspiel von verbindlichen Regeln, finanziellen Anreizen und unterstützenden Soft Measures ermöglicht eine breite und nachhaltige Umsetzung der Energiewende.

Ein zentraler Befund ist der zunehmende Bedarf an Koordination und Abstimmung zwischen den Instrumenten, um Überschneidungen zu vermeiden und Synergien besser zu nutzen.

Fazit

Die Energiewende in Österreich wird durch einen breiten und differenzierten Instrumentenmix getragen. Die Analyse zeigt, dass die Wirksamkeit weniger von einzelnen Maßnahmen als von deren kohärenter Ausgestaltung und Weiterentwicklung abhängt [7]. Der Beitrag liefert eine strukturierte Einordnung dieses Instrumentenmixes.

Referenzen

- [1] Österreichische Bundesregierung (2025), Regierungsprogramm 2025–2029, <https://www.bundestkanzleramt.gv.at/bundestkanzleramt/die-bundesregierung/regierungsdokumente.html> (Aufgerufen 21.12.2025)
- [2] Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG) (2025) www.ris.bka.gv.at
- [3] Energieeffizienz-Ausschreibung 2026, <https://www.umweltfoerderung.at/privatpersonen/thermische-gebaeudesanierung-fuer-gemeinnuetzige-bauvereinigungen-2026> (Aufgerufen 21.12.2025)
- [4] ÖMAG Abwicklungsstelle für Ökostrom AG <https://www.oem-ag.at/foerderung>
- [5] Klima- und Energiefonds, <https://www.klimafonds.gv.at/foerderungen/jahresprogramm/>
- [6] Klimaschutzinitiative klimaaktiv, <https://www.klimaaktiv.at/ueber-klimaaktiv>
- [7] Prognos, Analyse der Effizienz von Klima- und Energieförderungen (2025), <https://www.bmwet.gv.at/Services/Publikationen/publikationen-energie/Analyse-Klima-und-Energiefoerderungen.html> (Aufgerufen 21.12.2025)